

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 29.08.2017, Seite 8 / Abgeschrieben

Junge Welt

30.08.2017

## Rechte nicht nehmen lassen

Die Erklärung kann hier unterzeichnet werden:

*Die Initiative »Demonstrationsrecht verteidigen!« hat sich am Montag mit einem gleichnamigen Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, um gegen den Abbau der demokratischen Grundrechte zu protestieren, jW dokumentiert diesen in Auszügen.*

»(...) Von den USA bis zur Türkei, von Frankreich bis Ungarn rücken Regierungen nach rechts, heben durch die Verfassung gesicherte demokratische Grundrechte auf, verbieten und unterdrücken Proteste und Streiks und gehen den Weg in einen Polizeistaat. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland liegt im Trend. (...) Seit den jüngsten Gesetzesänderungen durch die Bundesregierung (u. a. die Paragraphen 113, 114 StGB sowie Massenüberwachung von Whats-App/Facebook), der Initiative zur Einschränkung des Streikrechts (»Tarifeinheit«) und den schweren Grundrechtsverletzungen gegen Demonstranten, Sanitäter, Rechtsanwälte und Journalisten beim G-20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 ist es offensichtlich: Nach den Repressionen gegen Flüchtlinge und Migrantenorganisationen werden der gesamten sozialen Bewegung und der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik grundlegende demokratische Rechte genommen – insbesondere das Recht auf Versammlungsfreiheit. (...) Über 250 Demonstranten wurden unter teils haarsträubender Begründung in oftmals überfallartigen Szenen von verummten Polizeibeamten festgenommen und tagelang unter folterähnlichen Bedingungen ihrer Freiheit beraubt, darunter fast der gesamte Jugendvorstand der Verdi-Jugend NRW-Süd und ein kompletter anreisender Bus der Jugendorganisation »Die Falken«.

(...)

Bereits wenige Wochen vor dem G-20-Gipfel reformierte die Bundesregierung die Paragraphen 113 und 114 des Strafgesetzbuches («Widerstand oder tätlicher Angriff gegen Vollstreckungsbeamte»). Demnach droht in diesem Fall künftig eine Mindeststrafe von drei Monaten. Für den Vorwurf des Widerstands reicht dabei oft schon ein ängstlich weggezogener Arm. Zudem wurde der Katalog für besonders schwere Fälle, die mit sechs Monaten Mindeststrafe belegt sind, erweitert: Künftig reicht dafür u. a. auch die sogenannte gemeinschaftliche Tatausführung – doch welche Demonstration, welcher Streik erfolgt nicht gemeinschaftlich?

Diese Gesetzesänderungen werden das gesamte Demonstrationsgeschehen in Deutschland nachhaltig verändern. Wenn jeder Demonstrant Angst haben muss, z. B. im Falle eines Handgemenges hinter Gittern zu landen – und zwar auch, wenn es von der Polizei ausging –, werden sich viele von der Teilnahme an Kundgebungen, Demos oder Streiks abgeschreckt sehen. Die derzeitigen Gesetzesänderungen gehören zu den tiefsten Eingriffen in die Versammlungsfreiheit (Artikel acht des Grundgesetzes) seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und höhlen damit ein elementares Recht völlig aus (...). Die uns durch unsere Verfassung gewährten Rechte lassen wir uns nicht nehmen. (...)

<http://demonstrationsrecht-verteidigen.de>